



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

**Erlass vom 25. April 2007 über empfohlene Vorgehensweisen zur
Sicherung von Internetverbindungs- und Userdaten im Rechtshilfeverkehr
mit den Vereinigten Staaten von Amerika**

Nach der Wahrnehmung der zuständigen Fachabteilung des Bundesministeriums für Justiz besteht für die österreichischen Gerichte und Staatsanwaltschaften bei Aufklärung von Verdachtsfällen betreffend Internetbetrug, betrügerischen Datenmissbrauch oder andere Delikte, die unter Benutzung des Internet verübt werden, die Notwendigkeit, Daten über Internetverbindungen oder User bei den Internetdiensteanbietern erheben zu lassen. Nachdem maßgebliche dieser Diensteanbieter ihren Firmensitz in den Vereinigten Staaten von Amerika haben, werden auf der Grundlage des Vertrages vom 23. Februar 1995 zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtshilfe in Strafsachen samt Formblättern, BGBl III Nr. 107/1998, vermehrt Rechtshilfeersuchen an die Justizbehörden der Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet.

Bei der Stellung von Ersuchen um Übermittlung von Internetverbindungs- und Userdaten ist regelmäßig zu berücksichtigen, dass die Aufbewahrungszeiten für solche Daten unter Umständen extrem kurz sind. Allein die Abfassung, Übersetzung und Übermittlung der Rechtshilfeersuchen dauert oft länger als die Frist für die Aufbewahrung der gewünschten Daten beim Diensteanbieter im ersuchten Staat.

Das US Department of Justice hat wiederholt darauf hingewiesen, dass die Dauer der Datenspeicherung bei den Internetanbietern sehr unterschiedlich gehandhabt wird und unter Umständen sehr kurz ist. Dieser Umstand erfordert sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Aufbewahrung der Aufzeichnung. Das US Department of Justice empfiehlt daher, bei Aufnahme von Ermittlungen in einem Strafverfahren – unter Umständen noch vor der Abfertigung eines Rechtshilfeersuchens – eine der folgenden Vorgehensweisen zu wählen:

1. Die österreichischen Justizbehörden sollen direkt mit dem Internetdiensteanbieter Kontakt aufnehmen, wenn dieser eine nationale Anlaufstelle für einge-

hende Anfragen in Österreich oder Europa unterhält. Alle großen Internetdiensteanbieter haben solche Anlaufstellen in Westeuropa eingerichtet. Sollte keine nationale Anlaufstelle in Europa existieren, empfiehlt es sich, das Compliance Office des Anbieters in den Vereinigten Staaten von Amerika direkt zu kontaktieren.

2. Sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch Österreich beteiligen sich an dem von den G8-Staaten eingerichteten sogenannten 24/7-Netzwerk. Dieses Netzwerk soll die derzeit angewendeten Methoden der Aufbewahrung von Aufzeichnungen über Internetdaten und Beschaffung elektronischen Beweismaterials verbessern. Die teilnehmenden Staaten haben eine operative Kontaktstelle für eingehende Ersuchen um dringende Sicherstellung von Daten festgelegt. Das US Department of Justice hat als derartige Kontaktstelle im Rahmen dieses Netzwerks die „Computer Crime and Intellectual Property Section“ („CCIPS“) bestimmt. Diese ist unter der Rufnummer (001) 202 514-1026 sowie unter der Faxnummer (001) 202 514-2007 erreichbar. Die Internetadresse lautet <http://www.cybercrime.gov>. Bei Kontaktaufnahme wird empfohlen darauf hinzuweisen, dass das Ersuchen im Rahmen des von der G8-Gruppe initiierten 24/7-Netzwerkes ergeht. In dringenden Fällen von größerer Bedeutung kann auch das Büro 5.2 Computer und Netzwerkkriminalität im Bundeskriminalamt kontaktiert werden, das als NCRP (National Central Reference Point) österreichischer Kontaktpunkt für das 24/7-Netzwerk im Rahmen des G8-Abkommens ist. Die Kontaktdaten lauten:

Bundesministerium für Inneres – Bundeskriminalamt
Büro 5.2 Computer- und Netzwerkkriminalität
Josef Halaubek Platz 1
1090 Wien
Tel: 43-1-5125622
Fax: 43-1-2483686092
E-Mail: ccu@bmi.gv.at

Wurden Maßnahmen im Interesse der Datenaufbewahrung gesetzt, wird empfohlen, im nachfolgenden Rechtshilfeersuchen ausdrücklich zu erwähnen, dass und gegebenenfalls auf welche Weise bereits um die Aufbewahrung der Internetdaten ersucht wurde.

Dieser Erlass, der sich lediglich auf die Sicherung der Daten vor vorzeitiger Löschung bezieht, lässt die - bei der Stellung des Rechtshilfeersuchens zu beachten-

den - Bestimmungen über die Herausgabe von Verkehrs- und Inhaltsdaten einer Telekommunikation unberührt. Der Erlass des Bundesministeriums für Justiz vom 5. Oktober 2005, JABl. Nr. 4/2005, über die Bekanntgabe von IP-Adressen wird in diesem Zusammenhang in Erinnerung gerufen.

Darüber hinaus hat das US Department of Justice in einem anderen Anlassfall darauf hingewiesen, dass bei Vorliegen eines relativ geringen Schadens (im Anlassfall lag dem Betrugsverdacht ein Vermögensschaden von etwa EUR 1.400,-- ohne weitere Qualifikation des Delikts zugrunde) wegen der mangelnden personellen Kapazitäten lediglich eine Verständigung der Firma eBay stattfinden werde. Gleichzeitig empfahl das US Department of Justice in solchen Fällen des Verdachts des einfachen Betruges bei geringer Schadenssumme die direkte Kontaktaufnahme mit der betreibenden Firma der Internetplattform. Für Betrugsfälle, die unter Involvierung der Firma eBay begangen wurden – ergeben sich folgende Kontaktdaten im Vereinigten Königreich mit Zuständigkeit für die gesamte Internetplattform: eBay Fraud Investigation Team (FIT), Mailadresse: law-enforcement@ebay.com, Fax: ++44 207 6812389 oder unter Verwendung des Webformulars dieser Einheit, abrufbar unter: <http://pages.ebay.co.uk/help/tp/isgw-fraud-ebays-role.html>.

* * *

.

(BMJ-F413.431/0001-IV 1/2007)